Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10821

27. 05. 98

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

Wachstums- und Beschäftigungspolitik für die neuen Länder fortsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. In den knapp 8 Jahren deutscher Einheit ist von den Bürgern in den neuen und alten Ländern auf dem Wege zur Angleichung der sozialen, ökonomischen und kulturellen Lebensbedingungen in den neuen Ländern vieles geleistet und erreicht worden.

   Wir haben in Ostdeutschland einen beispiellosen Strukturwandel bewältigt: Rund 550 000 Unternehmen, vor allem mittelständische Existenzen, haben sich neu gegründet, die ehemaligen Staatsbetriebe sind heute fast vollständig privatisiert, wobei 81 % dieser Betriebe heute in der Hand von Eigentümern mit ostdeutscher Lebensbiographie sind, wir verfügen heute in Ostdeutschland über eines der modernsten Telekommunikationsnetze der Welt, 11 500 km Straßen wurden um-, neu- und ausgebaut, mehr als die Hälfte aller Wohnungen wurde modernisiert oder zumindest teilmodernisiert, bei älteren Wohnungen sogar mehr als zwei Drittel des Bestandes. Insgesamt wurde bisher ein Investitionsvolumen über 1 000 Mrd. DM in den neuen Ländern realisiert.

   Mit dem Zusammenbruch traditioneller Märkte in Mittel- und Osteuropa brach viel schneller als erwartet ein großer Teil der bisherigen industriellen Basis in Ostdeutschland weg. Heute ist nur noch einer von vier Arbeitnehmern auf seinem alten Arbeitsplatz beschäftigt. Trotz erheblicher Anstrengungen ist der Anteil des produzierenden Gewerbes, der produktionsnahen Dienstleistungen, der Unternehmen mit überregionalem Absatz sowie der industriellen Forschung und Entwicklung noch zu gering. Inzwischen zeigt sich im Bereich der Industrie mit Zuwachsraten der Wertschöpfung von mehr als 10 % eine überdurchschnittliche Dynamik. Auch die Erwerbsbeteiligung ist ähnlich hoch wie in den alten Ländern. Trotzdem ist das angestrebte Ziel einer ausreichenden Zahl von Arbeitsplätzen auf dem regulären Arbeitsmarkt noch nicht erreicht.

2. Der Deutsche Bundestag unterstreicht, daß die zentrale Herausforderung für alle Verantwortlichen von Wirtschaft, Politik und Tarifvertragsparteien die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

ist. Die konsequent auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtete Politik der Bundesregierung beginnt, wie die jüngsten Arbeitsmarktzahlen zeigen, sichtbare Früchte zu tragen.

Insgesamt wendet der Bund für die Förderung der Wirtschaft und der betrieblichen Innovation sowie für Investitionen in Straßen, Schienenwege, Wohnungs- und Stadterneuerung usw. jährlich rd. 50 Mrd. DM auf. Der Deutsche Bundestag setzt sich dafür ein, diese Politik für Wachstum und Beschäftigung in den neuen Ländern auch in den kommenden Jahren konsequent und zielstrebig fortzusetzen.

Außerdem hat der Bund seine steuerliche Wirtschaftsförderung auf die besonders wachstumsträchtigen Bereiche produzierendes Gewerbe einschließlich der produktionsnahen Dienstleistungen, auf die wirtschaftlich unmittelbar in Ostdeutschland Aktiven, auf den Mittelstand und auf die Sanierung von Wohnraum konzentriert. Zugleich wurden die auf 10 bzw. 20 % verdoppelten Investitionszulagensätze bis zum Jahr 2004 festgeschrieben, um für Investoren in Ostdeutschland eine langfristige Planungssicherheit zu schaffen.

Vorrangiges Ziel der Politik für den Aufbau Ost muß die Entwicklung einer Wirtschaft bleiben, die aus eigener Kraft im Wettbewerb bestehen kann und ausreichende Beschäftigungs- und Einkommenschancen bietet.

3. Der Deutsche Bundestag unterstreicht, daß die neuen Länder auch in den nächsten Jahren auf staatliche Förderung und Unterstützung angewiesen sind und daß nur eine dynamische gesamtdeutsche Wirtschaft den Aufbau Ost vollenden kann.

4. Marktfähige Produkte und Dienstleistungen sind eine entscheidende Voraussetzung für den mittelfristigen Erfolg eines Unternehmens und damit für das Entstehen und die Sicherung von Arbeitsplätzen. Die Aufarbeitung der in der ostdeutschen Industrieforschung entstandenen Defizite bleibt daher auch in den kommenden Jahren eine vorrangige Aufgabe. Der Deutsche Bundestag begrüßt deshalb die Absicht der Bundesregierung, die bestehenden Programme bis 2001 auf bisherigem Niveau fortzuführen.

5. Die größtmögliche Solidarität mit den Arbeitssuchenden übt, wer die vorhandenen Chancen für zusätzliche Arbeitsplätze auf dem regulären Arbeitsmarkt am wirkungsvollsten nutzt. An diesem Ziel hat sich nicht nur die Wirtschafts- und Tarifpolitik der Tarifvertragsparteien, sondern auch die aktive Arbeitsmarktpolitik auszurichten. Wichtig ist, daß die Maßnahmen die betroffenen Menschen nicht nur finanziell absichern, sondern für sie auch persönlich sinnvoll sind, indem sie ihnen zusätzliche, für den Arbeitsmarkt nützliche Qualifikationen vermitteln, indem sie ihnen soziale Anerkennung durch Arbeit ermöglichen, und vor allem, indem sie ihnen – wo immer irgend möglich – neue berufliche Perspektiven auf dem regulären Arbeitsmarkt erschließen. Hierdurch wird zugleich für die Gesamtgesellschaft das in den Menschen liegende wirtschaftliche und soziale Potential fruchtbar gemacht.

Das im April letzten Jahres in Kraft getretene Arbeitsförderungs-Reformgesetz (AFRG) mit seiner Orientierung auf den regulären Arbeitsmarkt hat wichtige Verbesserungen geschaffen. Als besonders erfolgreich hat sich der im April 1997 erstmals eingeführte besondere Lohnkostenzuschuß für die ostdeutschen Unternehmen erwiesen. Allein dank dieses Instruments ist noch im Laufe des Jahres 1998 mit rd. 150 000 Beschäftigungsverhältnissen in der Wirtschaft zu rechnen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Kommunen und alle anderen Träger öffentlicher Aufgaben auf, die mit den neuen Instrumentarien gegebenen Spielräume bei arbeitsmarktfördernden Maßnahmen, beispielsweise im Wege der Vergabe-ABM, möglichst rasch und möglichst vollständig auszuschöpfen.

6. Ungeachtet des von den Gewerkschaften kürzlich beschlossenen Ausstiegs aus der im Mai 1997 ins Leben gerufenen „Gemeinsamen Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland" wird die Bundesregierung aufgefordert, an dieser Initiative mit Arbeitgebern, der Wirtschaft und der Kreditwirtschaft festzuhalten. Die Gewerkschaften werden aufgefordert, schnellstmöglich in die Gemeinsame Initiative zurückzukehren und ihrer Mitverantwortung gerecht zu werden.

7. Der Deutsche Bundestag würdigt die Bedeutung der Aufarbeitung der jüngsten Geschichte durch die Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" und durch die Arbeit der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR.

8. Wichtigste innenpolitische Aufgabe im Vollzug des Einigungsprozesses bleibt die Vollendung der inneren Einheit unseres Landes nach der leidvollen Trennung. In diesem Sinne unterstützt der Deutsche Bundestag alle Bemühungen der Bundesregierung, die auf Dialog und Begegnung, auf den Austausch von Erfahrungen und Meinungen in allen Lebensbereichen gerichtet sind.

Bonn, den 27. Mai 1998

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333